

Antrag an das 32. Studierendenparlament der Humboldt-Universität zu Berlin

Antragsteller*in(nen):	Linke Liste (Yunus)	
Datum	05.06.2025	
Nr. und Datum der Sitzung	6. Sitzung, 12.06.2025	
Beschluss-Nr. (vom Präsidium auszufüllen)	SP-32/54	

I. Antragsgegenstand

Gegen Krieg. Gegen Genozid. Gegen Rassismus und Antisemitismus.

II. Beschlusssentwurf

Das Studierendenparlament der Humboldt-Universität zu Berlin möge beschließen:

1. Das Studierendenparlament verurteilt die anhaltenden Repressionen gegen palästinensolidarische Studierende an der Humboldt Universität, in Berlin, in Deutschland sowie international, insbesondere auch in den USA.
2. Das Studierendenparlament tritt entschlossen gegen jede Form von Hass, Hetze und Spaltung und wendet sich gegen das Ausspielen von Menschengruppen gegeneinander, gegen Antisemitismus und anti-muslimischen Rassismus gleichermaßen.
3. Eine kritische Auseinandersetzung mit Antisemitismus innerhalb von palästinensolidarischen Gruppen ist wünschenswert und notwendig; eine solche Auseinandersetzung fundamental entgegen steht die Forderung nach mehr Polizei (-gewalt) und staatlichen Eingriffen in Universitäten.
4. Dass Studierende an der Humboldt Universität staatlicher Gewalt ausgesetzt sind, verurteilt das Studierendenparlament ausdrücklich und fordert insbesondere das Präsidium der HU dazu auf, keine Polizeigewalt mehr auf dem Campus zuzulassen.
5. Das Studierendenparlament stellt sich hinter die Forderungen von Studierenden an die Bundesregierung, sich für eine sofortige Waffenruhe in Gaza einzusetzen, den ungehinderten Zugang humanitärer Hilfe zu ermöglichen sowie alle Rüstungsexporte in das Krisengebiet zu stoppen.
6. Zugleich fordert das Studierendenparlament vom Präsidium der Humboldt-Universität, sich diesem Aufruf anzuschließen – für eine klare Haltung gegen Genozid und Apartheid, und für eine Universität, die sich als Raum für kritisches Denken, Meinungsfreiheit und Mitmenschlichkeit versteht. Wir fordern vom Universitätspräsidium insbesondere auch,

unbequemen Protest auszuhalten und nicht vor dem öffentlichen Meinungsdruck zurückzuweichen. Hochschulautonomie ist ein verteidigungswertes Gut, das insbesondere dann seinen Wertgehalt entfaltet, wenn es antidemokratischen Tendenzen in Staat und Gesellschaft ausgesetzt ist.

7. Auch ruft das Studierendenparlament der HU dazu auf, dass alle Verbindungen zu Universitäten, die nachweislich an diesem Genozid teilhaben bzw. von den Apartheidstrukturen in Israel profitieren, kritisch hinterfragt und möglichst schnell beendet werden.
8. Mit der Umsetzung des Beschlusses wird der RefRat beauftragt.

III. Finanzielle Auswirkungen, ggf. Angaben zur Verwendung beantragter Mittel

keine

IV. Begründung

Angesichts der anhaltenden Repressionen gegenüber palästinasolidarischen Aktivist*innen, drohenden politisch motivierten Abschiebungen sowie des Genozids im Gazastreifen, ist es die Aufgabe des höchsten Organs der studentischen Selbstverwaltung, Stellung zu nehmen.

Bereits zuvor, in der Stellungnahme vom 19.04.2025, missbilligte das Studierendenparlament die geplanten Abschiebungen von Shane O'Brien, Roberta Murray, Kasia Wlaszczyk und Cooper Longbottom sowie das rechtstaatsunwürdige Vorgehen der Berliner und der Bundesbehörden [Fn. 1]. Diese und ähnliche Repressionen sind ein Angriff auf alle Studierenden, die staatliche Narrative und das Vorgehen der israelischen Regierung - zu Recht - hinterfragen. Die Zielsetzung ist dabei klar: Universitäten als Räume des kritischen Wissensaustausches und der Meinungsbildung zu unterbinden. Nicht nur in dieser Hinsicht folgt der deutsche Staat dem amerikanischen Vorbild auf dem Fuße.

Als Studierende treten wir entschlossen ein gegen jede Form von Hass, Hetze und Spaltung und wenden uns gegen das Ausspielen von Menschengruppen gegeneinander, gegen Antisemitismus und anti-muslimischen Rassismus gleichermaßen. Diese beiden strukturellen Formen von Diskriminierung sind nicht gleichzusetzen und Betroffenenheiten können sehr unterschiedlich sein; auch gibt es nicht die vermeintlich "eine" Betroffenenperspektive. In den USA und Deutschland sind es dabei auch auffallend häufig, jüdische Studierende, die von anti-palästinensischen Repressionen betroffen sind. Klar ist aber auch, dass Maßnahmen wie Abschiebungen und andere asylrechtliche Konsequenzen dabei insbesondere jene treffen, die als Studierende of Colour oder als muslimische Studierende "othering" von der weißen Mehrheitsgesellschaft erfahren. Es soll kritisch darauf verwiesen werden, wer aus den Diskursen

über Rassismus- und Antisemitismuserfahrung immer wieder ausgeschlossen wird: Das sind insbesondere jüdische und nicht-jüdische antizionistische Stimmen.

Dass propalästinensischer Protest sich teilweise nicht genügend von islamistischen Positionierungen distanziert und teilweise bewusst provozierend antisemitisch auftritt, sollte nicht darüber hinweg täuschen, dass die meisten staatlichen Akteure, Antisemitismus als Grund vorschieben, um antidemokratische Politik zu betreiben. Beispielhaft steht dafür das Vorgehen der US-Regierung, ausländischen Studierenden keine Visa zu erteilen bzw. diese sogar zu entziehen. Dies passiert dabei mit der Begründung, dass Harvard und andere Universitäten Antisemitismus befeuern würden [Fn. 2].

Klar ist, dass einige palästinasolidarische Aktionen an der Humboldt Universität anders verlaufen hätten müssen. Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit Antisemitismus innerhalb der eigenen Reihen ist dringend notwendig. Eine solche Auseinandersetzung sollte dabei nie - unabhängig von den einzelnen Positionen - vor dem Hintergrund staatlicher Repressionen, und das heißt in den meisten Fällen vor dem Hintergrund des polizeilichen Schlagstocks, stattfinden. Dass Studierende an der Humboldt Universität staatlicher Gewalt ausgesetzt sind, verurteilt das Studierendenparlament ausdrücklich und fordert die Verantwortlichen auf, keine Polizeigewalt mehr auf dem Campus zuzulassen.

Das Studierendenparlament stellt sich hinter die Forderungen von Studierenden an die Bundesregierung, sich für **eine sofortige Waffenruhe in Gaza** einzusetzen, den **ungehinderten Zugang humanitärer Hilfe zu ermöglichen** sowie alle **Rüstungsexporte in das Krisengebiet zu stoppen**. Auch das ist Teil der deutschen Verantwortungskultur: Eine konsequente Haltung gegen Krieg und Aufrüstung, insbesondere, wenn die Opfer dieser Politik, so deutlich wie selten, Zivilist*innen sind. Wer von "menschlichen Tieren" [Fn. 3] im Gazastreifen spricht, dem sind die Konsequenzen seines Handelns und seiner genozidalen Zielsetzung, schon immer bewusst gewesen. Dass die Bundesregierung sich aus einem falsch verstandenen Geschichtsverständnis konsequent dieser Realität verweigert, wird sie sich vorzuwerfen haben und sich - insbesondere in Bezug auf ihrem Verhalten vor dem IGH [Fn. 4]- vor der Geschichte verantworten müssen. Hierbei verweisen wir insbesondere auf die Einstufung des IGH vom 26. Januar 2024, wo von einer "realen und unmittelbaren Gefahr" gesprochen wird, dass Israels Handlungen und Unterlassungen die Rechte des Palästinenser*innen aus der Genozidkonvention verletzen könnten [Fn. 4].

Zugleich fordert das Studierendenparlament vom Präsidium der Humboldt-Universität, sich diesem Aufruf anzuschließen – für eine klare Haltung gegen Genozid und Apartheid, und für eine Universität, die sich als Raum für kritisches Denken, Meinungsfreiheit und Mitmenschlichkeit versteht.

Mit Apartheid in Bezug auf das Vorgehen der israelischen Regierung ist dabei eine strukturelle Ungleichbehandlung von Palästinenser*innen auf allen Gebieten, die der israelischen Hoheitsgewalt unterworfen sind, und die aufgrund ihrer rassistischen Natur mit der südafrikanischen Apartheid vergleichbar ist, gemeint [Fn. 5]. In Bezug auf den Begriff des Genozids sei gesagt [Fn. 6], dass es sich hierbei nicht um eine juristische Einschätzung handelt, die Einordnung des IGH allerdings sowieso nur sekundärer Natur sein sollte: Die politische Unverzeihbarkeit des menschenverachtenden Vorgehens der israelischen Regierung sollte es nicht erst einer juristischen Einordnung bedürfen. Wir alle sind Zeug*innen des unermesslichen Leids der palästinensischen Bevölkerung und sollten allein deswegen zum Handeln bewegt sein. An dieser Stelle ist wichtig zu betonen, dass Diskurse darüber, ob die israelische Regierung nun "wirklich" einen Genozid begehe oder "lediglich" Kriegsverbrechen, den Bereich des gesellschaftlich Akzeptabel viel, viel zu weit verschoben haben.

Auch ruft das Studierendenparlament der HU dazu auf, dass alle Verbindungen zu Universitäten, die nachweislich an diesem Genozid teilhaben bzw. von den Apartheidstrukturen in Israel profitieren, kritisch hinterfragt und möglichst schnell beendet werden. Hierbei geht es nicht darum, israelische Universitäten per se zu verurteilen, da gerade Universitäten einen kritischen Raum schaffen und dort auch Wissenschaftler*innen (wie bspw. Amos Goldberg) forschen und lehren, die der rechtsextremen Regierung Netanyahus ein Dorn im Auge sind [Fn. 8]. Auch beteiligen sich Studierende an Protesten und sind Teil einer Zivilgesellschaft, die sich bspw. gegen eine Fortsetzung des Krieges oder den Abbau des Rechtsstaats in Israel wendet [Fn. 9].

Dennoch ist dies eine Forderung, die wir aus verschiedensten Gründen unterstützen. Im Kern geht es uns darum, dass (gerade) Universitäten mit Rüstungskonzernen zusammenarbeiten sowie eine (rechtliche) Legitimierung des staatlichen Vorgehens im Gazastreifen liefern [Fn. 10]. Beispielhaft dafür steht, dass Studierende, welche sich an der Militäroperation im Gazastreifen beteiligen, finanzielle Zuschüsse von ihren Universitäten erhalten [Fn. 11]. Das gilt auch für die Hebrew University Jerusalem, mit welcher die HU eine Partnerschaft pflegt.

Die Zusammenarbeit mit der Tel Aviv University (TAU) ist dabei insbesondere deshalb zu kritisieren, da diese enge Verbindungen mit der IDF pflegt [FN. 12]. Die TAU hat sich als zentraler Ort für militärische Strategieentwicklung erwiesen. Die Universität pflegt eine enge Zusammenarbeit mit dem auf dem Campus angesiedelten Institute for National Security Studies (INSS), Israels führendem universitären Think Tank im Dienste des Staates, das sich mit der nationalen Sicherheitsagenda befasst. Am INSS entwickeln akademische Expert*innen und hochrangige Sicherheitsbeamte*innen gemeinsam rechtliche Leitlinien für die israelische Regierung und das israelische Militär. Das INSS konzentriert sich unter anderem auf das Thema des Völkerrechts, um neue Interpretationen zur Rechtfertigung israelischer Militäroperationen zu

entwickeln [Fn. 13]. 2025 fand außerdem die jährliche internationale INSS-Konferenz im Smolarz Auditorium der Tel Aviv University statt [Fn. 14].

Im Juli 2023 wurde ein weiteres Kooperationsprogramm zwischen der TAU und der israelischen Armee eingeführt, das Soldat*innen ermöglicht, während ihres Wehrdienstes einen akademischen Abschluss zu erwerben. Die Vereinbarung verpflichtet die Universität unter anderem dazu, sicherheitsrelevante Auskünfte an das Militär weiterzugeben und sicherzustellen, dass sich Lehrende nicht kritisch über die anwesenden Soldat*innen oder das Tragen ihrer Uniform äußern. Andernfalls behält sich das Verteidigungsministerium das Recht vor, die Zusammenarbeit zu beenden. Eine ursprünglich vorgesehene Klausel, die das Tragen von Waffen durch Soldat*innen auf dem Campus erlauben sollte, wurde nach starker öffentlicher Kritik gestrichen. Solche Kooperationen untergraben die Unabhängigkeit von Universitäten und ihre Meinungsfreiheit [Fn. 15].

Dies sind nur einige Beispiele für die enge Zusammenarbeit des israelischen Staates sowie des Militärs mit israelischen Universitäten. Wir fordern daher, dass die Humboldt Universität ihre Kooperationen im Einzelfall kritisch überprüft und ggf. beendet. Damit soll unterstrichen werden, dass die HU keine israelischen Universitäten unterstützt, die durch ihr Handeln den Genozid an den Palästinenser*innen legitimiert.

Gegen Krieg. Gegen Genozid und Apartheid. Gegen Rassismus und Antisemitismus. Für Menschlichkeit, Gerechtigkeit und Frieden.

Fußnoten

Fn. 1: **Studierendenparlament**, 5. Sitzung des 32. Studierendenparlament, Top 2.14 (SP-32/37)

Fn. 2: **Jackisch, Samuel**, "Trump gegen Harvard: Der Kampf um die Hoheit im Hörsaal" auf tagesschau.de, 24.05.2025; URL: <https://www.tagesschau.de/ausland/amerika/usa-trump-harvard-100.html> (zuletzt aufgerufen am 02.06.2025)

Fn. 3: **Rötzer, Florian**, "Israelischer Verteidigungsminister: Wir kämpfen gegen menschliche Tiere" auf overton-magazin.de, 09.10.2023, URL: <https://overton-magazin.de/top-story/israelischer-verteidigungsminister-wir-kaempfen-gegen-menschliche-tiere/> (zuletzt aufgerufen am 02.06.2025)

Fn. 4: **ECCHR**, "Genozid in Gaza? Fragen und Antworten zum rechtlichen Hintergrund und aktuellen Entwicklungen", Dezember 2024, URL: https://www.ecchr.eu/fileadmin/Q_As/ECCHR_Q_A_Genozid_in_Gaza_20241210.pdf (zuletzt aufgerufen am 02.06.2025)

Fn. 5 zum Thema Apartheid:

Amnesty International, "Israel's apartheid against Palestinians: a cruel system of domination and a crime against humanity", 01.02.2022, URL:

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2022/02/israels-apartheid-against-palestinians-a-cruel-system-of-domination-and-a-crime-against-humanity/> (zuletzt abgerufen am 02.06.2025)

Human Rights Watch, "A Threshold Crossed: Israeli Authorities and the Crimes of Apartheid and Persecution", 27.04.2021, URL: <https://www.hrw.org/report/2021/04/27/threshold-crossed/israeli-authorities-and-crimes-apartheid-and-persecution> (zuletzt abgerufen am 02.06.2025)

Fn. 6 zum Thema Genozid:

Amnesty International, 'YOU FEEL LIKE YOU ARE SUBHUMAN' ISRAEL'S GENOCIDE AGAINST PALESTINIANS IN GAZA, Dezember 2024, URL:

<https://www.amnesty.de/sites/default/files/2024-12/Amnesty-Bericht-Gaza-Genozid-Voelkermord-Palaestinenser-innen-Israel-Dezember-2024.pdf> (zuletzt abgerufen am 02.06.2025)

(UN) OHCHR, "Gaza: UN experts call on international community to prevent genocide against the Palestinian people", 16 November 2023, URL: <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2023/11/gaza-un-experts-call-international-community-prevent-genocide-against#:~:text=%E2%80%9CThe%20international%20community%20has%20an,UN%20system%20as%20a%20whole> (zuletzt abgerufen am 02.06.2025)

UN, A/79/363, Report of the Special Committee to Investigate Israeli Practices Affecting the Human Rights of the Palestinian People and Other Arabs of the Occupied Territories, 20 September 2024, URL: <https://docs.un.org/en/A/79/363> (zuletzt abgerufen am 02.06.2025)

Albanese, Francesca, "Genocide as colonial erasure – Report of Francesca Albanese, the UN Special Rapporteur on the situation of human rights in the Palestinian territories occupied since 1967", 01.10.2024, URL: <https://www.un.org/unispal/document/genocide-as-colonial-erasure-report-francesca-albanese-01oct24/> (zuletzt abgerufen am 02.06.2025)

Fn. 8: Beispielhaft:

Chabin, Michele, "Israeli scientists speak out against 'destructive' education policies", URL: <https://www.science.org/content/article/israeli-scientists-speak-out-against-destructive-education-policies> (zuletzt abgerufen am 02.06.2025)

Zelik, Raul, "Amos Goldberg: »Es geht heute nicht um Israels ›Existenzrecht«", 23.05.2025, URL: <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1191303.antisemitismus-beschluss-amos-goldberg-es-geht-heute-nicht-um-israels-rexistenzrechtl.html> (zuletzt abgerufen am 02.06.2025)

Fn. 9: Als Beispiel: **Olmert, Ehud**, "Enough Is Enough. Israel Is Committing War Crimes", 27.05.2025, URL: <https://www.haaretz.com/opinion/2025-05-27/ty-article-opinion/.premium/enough-is-enough-israel-is-committing-war-crimes/00000197-0dd6-df85-a197-0ff64a5c0000> (zuletzt abgerufen am 02.06.2025)

Fn. 10: **Kogen, Yaniv**, " אקדמיה, נשק וכיבוש: כך משרתת אונ' ת"א את האינטרסים של הצבא והתעשייה ", URL: <https://zoha.org.il/111858/>, 07.04.2022 (zuletzt abgerufen am 02.06.2025)

Fn. 11: **Fiske, Gavriel**, "Israeli universities step up to support students in reserves, war effort", 07.11.2023, URL: <https://www.timesofisrael.com/israeli-universities-step-up-to-support-students-in-reserves-war-effort/> (zuletzt abgerufen am 02.06.2025)

Fn. 12: **Rapoport, Meron**, "It'll turn campus into an army base': Tel Aviv University to host soldiers' program", 04.10.2023, URL: <https://www.972mag.com/tau-army-militarization-palestinian-students/> (zuletzt abgerufen am 02.06.2025)

Fn. 13: **Wind, Maya**. (2024). Towers of ivory and steel: How Israeli universities deny Palestinian freedom. Verso.

Fn. 14: **INSS** "The 18th Annual International Conference", URL: <https://en.bmp.co.il/inss-2025> (zuletzt abgerufen am 02.06.2025)

Fn. 15: **Rapoport, Meron**, 'It'll turn campus into an army base': Tel Aviv University to host soldiers' program, URL: <https://www.972mag.com/tau-army-militarization-palestinian-students/> (zuletzt abgerufen am 02.06.2025)

V. Beteiligung und Stellungnahme anderer Organe oder Initiativen der Studierendenschaft

keine

VI. Kontaktmöglichkeit zur* zum Antragsteller*in bzw. zu den Antragsteller*innen

Linke Liste (Yunus, 017646357075)